

## Presseinformation

### HBB kritisiert die Teileinziehung der Friedrichstraße

Der Handelsverband Berlin-Brandenburg ist empört über die heutige Ankündigung von Verkehrssenatorin Bettina Jarasch, Teile der Friedrichstraße ab Ende Januar dauerhaft in eine Fußgängerzone umzuwidmen. Der Alleingang der Senatorin inmitten des Wahlkampfes verdeutlicht, dass Ideologie statt Dialog das politische Handeln bestimmt – zum Nachteil unserer Stadt.

„Senatorin Jarasch nimmt weite Teile der Stadtgesellschaft für ihre ideologischen Ziele in Geiselschaft. Klimakleber und Grüne haben sich in Berlin nicht entfremdet. Ich sehe gleiches Denken und Handeln. Die Bürger aber haben es in der Hand. Am 12. Februar ist Wahltag. Gehen Sie wählen!“, sagt HBB-Präsident Björn Fromm.

Der HBB hat bereits in der Vergangenheit vor den Folgen einer planlosen Teileinziehung der Friedrichstraße gewarnt und gemeinsam mit weiteren Akteuren konstruktive Vorschläge für die zukünftige Gestaltung der Friedrichstraße eingebracht. Diese wurden jedoch in keiner Weise berücksichtigt. Vielmehr wird ein gescheitertes Verkehrsprojekt realisiert, ohne dass ein umsetzbares Verkehrskonzept für die gesamte historische Mitte Berlins vorliegt. Die Vorbereitungen für ein Gestaltungs- und Beteiligungsverfahren starten erst mit der Umwidmung, ein langwieriger Prozess mit katastrophalen Folgen für den Stadtraum. Für die Gewerbetreibenden und Anrainer bedeutet das auf Jahre hinweg eine provisorisch gestaltete Fußgängerzone statt Planungssicherheit.

Nils Busch-Petersen, Hauptgeschäftsführer des HBB: „Mit der heutigen Verkündung der Teileinziehung in der Friedrichstraße schafft Senatorin Jarasch Fakten. Der damit abgebrochene Dialog mit Anrainern, Interessensvertretungen und Betroffenen war nicht aufrichtig. Dies Demokatieverständnis irritiert. Auch im Senat scheint die Entscheidung nicht abgestimmt zu sein. Die Verkehrssenatorin vergibt so die Gelegenheit einer gemeinsamen Gestaltung der Berliner Mitte zugunsten ideologischer Entscheidungen. So entstehen Konflikte, wo es Konzepte bräuchte. Diese Wahlkampfaktion schadet der Stadt und der Stadtgesellschaft.“

#### Pressekontakt:

Nils Busch-Petersen  
Hauptgeschäftsführer  
mobil 0172 – 910 41 41  
mail [info@hbb-ev.de](mailto:info@hbb-ev.de)

MEHRINGDAMM 48  
10961 BERLIN  
Telefon (030) 881 77 38  
Telefax (030) 881 18 65  
[info@hbb-ev.de](mailto:info@hbb-ev.de)

Berliner Volksbank  
Konto-Nr. 1734304006  
BLZ 100 900 00  
IBAN: DE95 1009 0000 1734  
3040 06  
BIC: BEVODEBBXXX